

Internationaler Tag der Kinderrechte: Klimaschutz ist unser Recht und eure Pflicht!

An die Bundesregierung:

Ihr sprecht von einer Politik für Sicherheit, Wohlstand und Freiheit.

Doch wir fragen uns: Wie soll Sicherheit entstehen, wenn ihr die Klimakrise ausblendet und auf der Weltklimakonferenz nicht liefert? Was ist das für ein Wohlstand, wenn Familien mit wenig Geld ihre Grundsicherung verlieren, während klimaschädliches Gas ausgebaut wird? Was soll das für eine Freiheit sein, in der junge Menschen sich das Deutschlandticket nicht mehr leisten können?

Am Internationalen Tag der Kinderrechte fordern wir als Kinder und junge Menschen unser Recht auf eine gesunde Umwelt ein. Die Klimakrise bedroht dieses Recht - heute schon und jeden Tag mehr. Kinder und Jugendliche werden in Zukunft viel mehr von Extremwetterereignissen betroffen sein und leiden schon jetzt besonders unter den Folgen der Klimakrise. Menschen, die schon heute benachteiligt sind, trifft es am härtesten – ob im Globalen Süden oder in Deutschland. 88 Prozent klimabedingter Gesundheitsrisiken betreffen weltweit Kinder unter fünf Jahren. Eine ungebremste Klimaerhitzung wird die Gesundheitssysteme stark belasten und auch zu steigenden Kosten für Lebensmittel führen. In besonders betroffenen Branchen wie der Landwirtschaft sind viele Arbeitsplätze schon jetzt akut gefährdet. Das trifft Menschen mit wenig Geld besonders hart. All das zeigt: Klimaschutz ist mehr als ein ökologisches Ziel. Klimaschutz ist Kinderschutz. Klimaschutz ist Schutz vor Armut, Ungleichheit und Zukunftsangst.

Klimaschutz ist unser Recht und eure Pflicht: Das bestätigte jüngst der Internationale Gerichtshof und die Vereinten Nationen haben ihn längst als Kinderrecht anerkannt. Schon 2021 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Verfassung den Staat zum Klimaschutz verpflichtet: Zukünftige Generationen müssen in Freiheit leben können.

Setzt euch für unsere Rechte ein und beschließt bis Ende des Jahres ein Klimaschutzprogramm, dessen Vorteile bei Kindern und jungen Menschen ankommen. Wir fordern, dass ihr besonders den schmutzigen Verkehrssektor reformiert und uns dabei mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht:

- **Bus und Bahn modernisieren:** Egal ob auf dem Land oder in der Stadt: Wir sind auf eine pünktliche öffentliche Mobilität angewiesen, damit wir eigenständig unterwegs sein können: zur Schule oder Ausbildung, zum Beruf oder Freizeitaktivitäten. Für mehr und zuverlässige Verbindungen fordern wir eine gesicherte Finanzierung und Perspektive von Bus und Bahn und die Umsetzung des Ausbau- und Modernisierungspakts.
- **Gute Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Verkehr:** Zusätzlich zum Ausbau muss die Bundesregierung für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne der Beschäftigten sorgen, sodass der öffentliche Verkehr nicht zusammenbricht. Denn: Bis 2030 wird die Hälfte der Fahrer*innen in Rente gehen.
- **Faire Preise:** Das Deutschlandticket muss langfristig gesichert und um die kostenlose Mitnahme von Kindern bis 14 Jahren sowie ein Jugend- und Sozialticket von maximal 29 Euro ergänzt werden.
- **Stoppt Steuervergünstigungen für schmutzige Verbrenner:** Stattdessen müssen kleine E-Autos günstiger und Benziner und Dieselautos teurer werden. Statt immer mehr Autobahnen brauchen wir neben Bus und Bahn bessere Fuß- und Radwegenetze. Das stärkt unsere Teilhabe und macht unsere Städte lebenswerter.
- **Tempolimit** von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen. Das schützt Leben, Klima und die Geldbörse – und die Mehrheit der Deutschen steht längst dahinter.
- **Weg von teurem Öl und Gas:** Wir fordern, dass die Regierung das Geld aus dem Sondervermögen wie versprochen in neue Klimaschutzmaßnahmen investiert und keine umweltschädlichen LNG-Terminals fördert. Wir sind für einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien.
- **Kinder- und Jugendbeteiligung in der Klimapolitik unterstützen:** Die Mitbestimmung von jungen Menschen ist notwendig und kostet Geld. Wir fordern daher eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung von Kinder- und Jugendverbänden sowie Jugendringen und bedarfsgerechte Beteiligung in politischen Prozessen.

Stoppt die Politik auf Kosten unserer Zukunft. Haltet das Klimaschutzgesetz ein.

Immer wieder habt ihr es gebrochen und wurdet für zu wenig Klimaschutz verklagt – aktuell wieder vor dem Bundesverfassungsgericht. **Legt ein Klimaschutzprogramm vor, das die Klimaziele bis 2040 erreicht und das 1,5-Grad-Ziel ernst nimmt. Sorgt dafür, dass wir in einer sicheren, gerechten und lebenswerten Zukunft aufwachsen können!**

Unterzeichnet von

